

AKTIONSPROGRAMM 2003 REPUBLIK MOLDAU

1. Angaben zum Programm

<i>Art des Programms:</i>	Länderprogramm
<i>Empfängerland /Bezeichnung:</i>	Republik Moldau
<i>Haushaltsjahr</i>	2003
<i>Mittelzuweisung</i>	25 Mio. € einschließlich 2 Mio. € für die Umsetzung von Tempus
<i>Haushaltslinie:</i>	B7-520
<i>Rechtsgrundlage:</i>	Verordnung (EG, Euratom) Nr. 99/2000 des Rates vom 29. Dezember 1999 über die Unterstützung der Partnerstaaten in Osteuropa und Mittelasien.
<i>Laufzeit:</i>	Verträge, die im Rahmen dieses Programms finanziert werden, treten nicht vor der ordnungsgemäßen Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung durch die zuständigen Stellen, spätestens aber 36 Monate nach dem Inkrafttreten der betreffenden Mittelbindung in Kraft.
	Die im Rahmen dieses Programms vorgesehenen technischen Maßnahmen und sämtliche Verträge müssen bis zum 31.12.2007 beendet sein.
<i>Programmierung:</i>	RELEX E.2 für das Richtprogramm
<i>Durchführung:</i>	Delegation der Europäischen Kommission für die Ukraine, Moldau und Belarus sowie EuropeAid
<i>Anmerkung:</i>	Verwaltungsausgaben werden aus diesem Programm nicht finanziert.

2. Zusammenfassung

Das Aktionsprogramm 2003 wurde im Einklang mit den strategischen Leitlinien des Länderstrategiepapiers 2002-2006 und des Nationalen Richtprogramms 2002-2003 ausgearbeitet. Die vorgeschlagenen Maßnahmen konzentrieren sich auf die folgenden drei Kooperationsbereiche: institutionelle, rechtliche und administrative Reformen, Förderung des Privatsektors und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie Bewältigung der sozialen Folgen des Übergangs. Die Unterstützung im Bereich der institutionellen, rechtlichen und administrativen Reformen wird sich auf drei Aspekte konzentrieren: Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), WTO und Verbrechensbekämpfung; Förderung der Zivilgesellschaft; Förderung der Menschenrechte in Zusammenarbeit mit dem Europarat. Die Maßnahmen im Bereich der Förderung des Privatsektors und der wirtschaftlichen Entwicklung werden sich die Exportförderung, die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in ländlichen Gebieten und die Förderung von Ämtern für Regionalentwicklung konzentrieren. Zur Bewältigung der sozialen Folgen des Übergangs wird vorrangig Unterstützung für die Entwicklung von Hilfemechanismen für sozial schwache Familien und Kinder und für die Verwaltung des Gesundheitssystems geleistet.

Außerdem wird Unterstützung im Rahmen der folgenden Programme für Kleinprojekte geleistet: Partnerschaftsprogramm für den Aufbau von Institutionen (über beide Komponenten: wichtige öffentliche Einrichtungen und Zivilgesellschaft sowie sonstige örtliche Initiativen), Statistik, Politikberatung und Tempus.

3. Aktuelle Lage

Die Regierung der Republik Moldau hat die EU-Integration zu einem ihrer außenpolitischen Schwerpunkte erhoben, wobei die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU und letztlich der EU-Beitritt angestrebt werden. Daher wurde im Außenministerium eine Abteilung für EU-Integration sowie eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit sämtlichen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Land befasst.

Die Transnistrien-Frage beeinflusst das politische und wirtschaftliche Leben im Land erheblich. Die Debatte ist immer noch festgefahren. Bis spätestens 1. Februar 2004 soll ein landesweites Referendum über den Entwurf einer neuen Verfassung abgehalten werden. Im Anschluss daran sollen bis spätestens 25. Februar 2005 landesweite Wahlen für eine neue Gesamtregierung abgehalten werden. Außerdem wurde auf Initiative des Präsidenten im Januar 2003 ein Ministerium für Wiedereingliederung geschaffen, das die beiden oben genannten Initiativen koordiniert. In dem Tacis-Richtprogramm 2002-2003 für Moldau wird ausdrücklich die Möglichkeit erwähnt, Tacis voll auf Transnistrien auszudehnen, sobald ein Übereinkommen erzielt wird. Die Maßnahme könnte gegebenenfalls die Rechtsangleichung oder die Ausarbeitung von Strategien für Handel und Exporte betreffen, muss sich jedoch nicht darauf beschränken.

Die IWF-Kredite wurden wegen der geringen Fortschritte der Regierung bei der Reformumsetzung wiederholt ausgesetzt. Zu den noch nicht erfüllten Weltbank-Auflagen gehören die Verabschiedung eines Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung, die nun im Juni 2003 erfolgen soll, sowie der Abschluss eines Übereinkommens mit dem IWF und die Verbesserung des Unternehmensumfelds. Optimistischen Prognosen zufolge könnten die internationalen Finanzierungen frühestens im Juni-Juli 2003 fortgesetzt werden, sofern es der Regierung gelingt, diese Auflagen zu erfüllen bzw. einen Kompromiss zu erzielen. Insgesamt scheint jedoch außer Frage zu stehen, dass der politische Wille für den Übergang zur Marktwirtschaft vorhanden ist.

4. Bisherige EG-Hilfe und Koordinierung mit anderen Gebern

Die Koordinierung mit den anderen Gebern wird durch eine Reihe von Maßnahmen sichergestellt. Die Tacis-Koordinierungsstelle in Chisinau trägt Informationen über die Geberaktivitäten in der Republik Moldau zusammen und versorgt die Dienststellen der Kommission ständig mit neuesten Informationen. Die Stelle wird von Experten aus der EU unterstützt und ist der Abteilung für die Gesamtkoordinierung der Geberprogramme im Wirtschaftsministerium zugeordnet. Sie spielt eine Schlüsselrolle bei der Abstimmung des Tacis-Programms mit den begünstigten Institutionen und bei der Koordinierung des Tacis-Programms mit der Gesamtheit der Geberprogramme.

Monatlich finden Sitzungen mit der Weltbank, USAID, EBWE, IWF, DFID (Department of International Development, Vereinigtes Königreich), Sida (Schwedisches Amt für Internationale Entwicklungszusammenarbeit) sowie anderen Gebereinrichtungen statt. Die Sitzungen dienen der Information über Entwicklungen bei den Gebermaßnahmen, dem

Erfahrungsaustausch und der Entwicklung von Vorschlägen für Synergien. Die in Chisinau angesiedelte Tacis-Außenstelle der Kommissionsdelegation in der Ukraine nimmt an diesen Sitzungen teil. Wenn die Kommissionsdelegation in Kiew oder Relex bzw. EuropAid Missionen in Moldau durchführen, werden zudem systematisch Informationssitzungen mit den betreffenden Gebern sowie mit den Vertretungen der Mitgliedstaaten organisiert.

Auf Projektebene nimmt die Tacis-Außenstelle zahlreiche Besuche vor Ort vor, um die Umsetzung zu kontrollieren, Sitzungen der Projektleitungsausschüsse beizuwohnen und die Projektnachbereitung festzulegen usw. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit ergab sich insbesondere mit dem Weltbank-Programm zur ländlichen Entwicklung, dem USAID-Programm für Rechtsreformen sowie im sozialen und zivilgesellschaftlichen Bereich mit anderen bilateralen Gebern wie DFID und Sida.

Die Aufstellung des Aktionsprogramms 2003 verlief parallel zur Ausarbeitung der Armutsbekämpfungsstrategie, die die Regierung Moldaus bis Ende Juni 2003 vorlegen soll. Die Strategie soll die Koordinierung der verschiedenen Geberinitiativen zur Armutsbekämpfung gewährleisten. Die Tacis-Außenstelle gehört neben vier anderen Geberorganisationen (WB, IWF, UNDP und DFID), der Regierung und Vertretern der Zivilgesellschaft einem Koordinierungsrat an, der dieser Bemühungen überwacht. Dies soll sicherstellen, dass die endgültige Ausarbeitung der Strategie durch angemessene Beratung und Fachwissen unterstützt und die Geberressourcen gebündelt und möglichst effizient eingesetzt werden.

Im Rahmen der Tacis-Programmierungsmissionen wurden Konsultationen mit allen wichtigen Gebern durchgeführt, um sämtliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu nutzen und insbesondere auch eine Synergie zwischen dem Aktionsprogramm 2003 und den Aktivitäten anderer Geber, die direkt der Armutsbekämpfung dienen, sicherzustellen.

5. Bisherige Erfahrungen

5.1 Bedarf an Projekten auf regionaler Ebene

In den letzten Jahren wurde deutlich, dass Projekte in den Regionen nötig sind. Die Erfahrung zeigt, dass Projekte wirkungsvoller sind, wenn zuvor Pilotmaßnahmen in den Regionen durchgeführt wurden, die zu direkt greifbaren Ergebnissen geführt haben. (So wurden z.B. im Rahmen des Aktionsprogramms 1999 im Gesundheitssektor ausgewählte Krankenhäuser in Managementfragen unterstützt). Bei dem Projekt „KMU-Förderung“ des AP 2001 wurden auf lokaler Ebene im Norden und Süden des Landes dauerhafte Strukturen geschaffen, da regional eine wachsende Nachfrage nach fachlicher Unterstützung besteht. Außerdem engagieren sich Verwaltungen oder Organisationen wie Handelskammern oder regionale Außenstellen des Landwirtschaftsministeriums auf lokaler Ebene oftmals stärker, wenn sie in ein TH-Projekt eingebunden und somit den Projektzielen und den lokalen Gemeinschaften stärker verbunden sind. Beim AP 2003 werden diese Bemühungen daher ausgebaut. Da Moldau stark ländlich geprägt ist, ist dieser Ansatz umso relevanter, was auch durch die Tatsache unterstrichen wird, dass die Gebergemeinschaft einvernehmlich eine stärkere Dezentralisierung der Territorialverwaltung mit einer größeren Autonomie für die Regionen befürwortet. Tacis wird dies ebenfalls unterstützen, z.B. über das Projekt „KMU-Förderung im ländlichen Raum“ und „Förderung der Regionalentwicklungssämter“.

5.2 Verstärkter Rückgriff auf einheimische Experten

Der verstärkte Einsatz einheimischer Experten ermöglicht es, mit den verfügbaren Mitteln eine größere Zahl von Beratern heranzuziehen. Dies trägt zum Kapazitätsaufbau vor Ort bei und gewährleistet, dass ein größerer Teil der Programmmittel in Moldau verbleibt. Offensichtlich ist auch, dass ein allgemeiner Projektleiter aus der EU inzwischen weniger dringend erforderlich ist. Die Gesamtkoordinierung des Projekts und die Berichterstattung sowie die Abstimmung mit den Projektpartnern (institutionelle Begünstigte und Zielgruppen) können auch von einem lokalen Teamleiter wahrgenommen werden. Im Falle der Projekte „Unterstützung des Gesundheitssektors“ und „Unterstützung der Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“ im Rahmen des AP 1999 wird dies bereits so gehandhabt. Ein aus Moldau stammender Experte ist direkt für die Verwaltung des ersten Projektes zuständig, während bei dem zweiten Projekt ein Kurzeitexperte aus der EU hinzugezogen wird. Bei spezifischen Themen wie Handel, Rechtsreformen und KMU-Förderung ist jedoch die ständige Anwesenheit eines Experten aus der EU notwendig.

5.3 Fortsetzung der Reformen

Wie im Richtprogramm für 2002-2003 festgelegt, wird die im Rahmen von Tacis bereitgestellte Hilfe auf der Grundlage bestimmter gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Wertvorstellungen und Verfahrensweisen gewährt, die Eingang in die zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) geschlossenen Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit gefunden haben. Dies betrifft insbesondere die Anerkennung demokratischer Prinzipien und der Menschenrechte wie auch marktwirtschaftlicher Grundsätze. Diese Prinzipien untermauern die Innen- und Außenpolitik der EU und der Partnerländer und bilden ein wesentliches Element für die Bereitstellung der EG-Hilfe. Die im Rahmen des Aktionsprogramms 2003 zu finanzierenden Maßnahmen sind integraler Bestandteil der von den moldauischen Behörden entwickelten gesamtwirtschaftlichen und sektorbezogenen Politiken. Das vorliegende Aktionsprogramm lässt sich nur unter der Voraussetzung verwirklichen, dass die Behörden die notwendigen gesamtwirtschaftlichen Reformen fortsetzen und der Weg zur Demokratie beharrlich weiterbeschritten wird. Entsprechend muss auch die Umsetzung der Projekte in den für dieses Aktionsprogramm ausgewählten Bereichen der Zusammenarbeit von weiteren Fortschritten der moldauischen Behörden bei der Durchführung geeigneter Reformen begleitet sein.

6. Programmkomponenten

Im Einklang mit dem nationalen Richtprogramm konzentriert sich das Aktionsprogramm auf die folgenden drei Schwerpunktbereiche: institutionelle, rechtliche und administrative Reformen, Förderung des Privatsektors und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie Bewältigung der sozialen Folgen des Übergangs.

6.1 Institutionelle, rechtliche und administrative Reformen

6.1.1 PKA, WTO und Verbrechensbekämpfung

Das Projekt betrifft institutionelle Fragen, die mit diesen drei Komponenten in Zusammenhang stehen. Es handelt sich um eng miteinander verknüpfte Themen (WTO-Bestimmungen und PKA-Handelsvorschriften, Investitionsschutz - ein wichtiger PKA-

Artikel - und bürokratische Hürden und Korruption). Daher ist ein übergreifendes Projekt sinnvoll, bei dem geringere Verwaltungsausgaben als bei drei Einzelprojekten anfallen.

Oberziel des Projekts ist die Förderung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung in Moldau im Einklang mit den Prioritäten des PKA, die in den PKA-Kooperationsratssitzungen näher festgelegt wurden, und den WTO-Durchführungsleitlinien. Das Projekt umfasst die folgenden Aktivitäten: Verbesserung der Kapazitäten der zuständigen Einrichtungen in Moldau - Wirtschaftsministerium, Justizministerium, Außenministerium, sonstige nationale Behörden -, das PKA umzusetzen. Zu den spezifischen Zielen gehört Folgendes: Förderung der Bemühungen der Regierung, eine EU-orientierte Wirtschaftspolitik auszuarbeiten, Überwachung rechtlicher Entwicklungen und Ausarbeitung entsprechender Empfehlungen, Schulung von Staatsbediensteten und lokalen Experten, Durchführung von Informationskampagnen in den Medien und Unterstützung der Tätigkeit des EU-Dokumentationszentrums im Wirtschaftsministerium.

Besonders berücksichtigt werden Fragen der Rechtsstaatlichkeit und die tatsächliche Umsetzung der von den Behörden beschlossenen Regelungen und Rechtsvorschriften. Das Projekt wird zur Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung beitragen.

6.1.2 Förderung der Zivilgesellschaft

UNDP, Weltbank und bilaterale Geber fördern NRO vor allem über individuelle Zuschüsse. Dieses EU-Projekt soll die zahlreichen punktuellen Initiativen miteinander verknüpfen, und somit zu einer gezielteren und kohärenteren Geberhilfe für den Sozialsektor führen, die mit der Armutsbekämpfungsstrategie, die derzeit von der Regierung ausgearbeitet wird, im Einklang steht. Das Ziel besteht darin, der Zivilgesellschaft zu größerem Gewicht im politischen Leben Moldaus zu verhelfen und in Zusammenarbeit mit den Zentralbehörden und regionalen Organisationen Sozialprogramme über zivilgesellschaftliche Organisationen abzuwickeln. Das Projekt ergänzt das zu Schwerpunktbereich 3 (6.1.3) gehörende Projekt im Bereich Sozialdienste, bei dem über Pilotmaßnahmen, die vom Sozialministerium betreut werden, Modelle für eine bessere Sozialversorgung auf Gemeinschaftsebene entwickelt werden

Vorgesehen sind die Durchführung von Sozialprogrammen und Schulungsmaßnahmen in den Regionen. Unterstützt werden auch Aufklärungskampagnen, in denen die Öffentlichkeit über den Nutzen einer dynamischen Zivilgesellschaft informiert wird, wobei das im Rahmen des EU-Projekts „Präventivmaßnahmen gegen Frauenhandel“ entwickelte Modell als Grundlage dient. An Konferenzen zum Thema Zivilgesellschaft sollen auch lokale Behörden und die wichtigsten Ministerien teilnehmen.

6.1.3 Menschenrechte – Europarat

Der Europarat wird bei der Umsetzung von vier verschiedenen Projekten unterstützt, die auf die Verbesserung des Schutzes der Menschenrecht in Moldau abzielen. Die Projekte umfassen Schulungsmaßnahmen zu Menschenrechtsfragen für Richter, Anwälte, Staatsanwälte, Gewerkschaften, NRO und Jurastudenten, damit die Europäische Menschenrechtskonvention tatsächlich in die Rechtspraxis Moldaus Eingang findet. Außerdem sehen die Projekte Unterstützung bei der Umsetzung der geänderten Europäischen Sozialcharta und bei der Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene vor.

Mit Unterstützung der Gemeinschaft leistet der Europarat bereits jetzt dem Außenministerium in Fragen der Wahrnehmung des Vorsitzes im Ministerausschuss des Europarates Hilfestellung.

6.2 Privatsektor und wirtschaftliche Entwicklung

6.2.1 Moldauische Exportförderorganisation (MEPO)/MIDA

Das Projekt zielt darauf ab, MEPO zu einer zentralen Komponente der moldauischen institutionellen Strukturen für Handel und Investitionen zu machen. Mit dem Projekt soll die strategische Unterstützung für MEPO fortgesetzt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen des Landes durch Exportförderung und Ankurbelung der in- und ausländischen Investitionstätigkeit verbesserten werden. Außerdem werden spezifische Dienstleistungen im Bereich Export- und Investitionsförderung entwickelt, die die Unternehmen in Anspruch nehmen könnten.

Die Projektkomponenten beziehen sich in erster Linie auf die Verbesserung der institutionellen Voraussetzungen, einschließlich der Ermittlung potenzieller Einnahmequellen und zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten und Beratung im Hinblick auf handelsfreundliche Rahmenbedingungen. Die organisatorische Struktur von MEPO soll weiter gestärkt werden, indem die MEPO-Führungskräfte und die sonstigen Mitarbeiter mit modernen Techniken, neuen Märkten, High-Tech-Sektoren und den verschiedenen Aspekten der Handels- und Investitionsförderung vertraut gemacht werden. MEPO wird neue Dienstleistungen entwickeln, die von den moldauischen Unternehmen gegen Gebühren in Anspruch genommen werden können, damit MEPO sich bei Projektende finanziell selbst trägt.

Im Rahmen der Investitionsförderkomponente des Projekts erhält MIDA technische Hilfe, um das Image Moldaus im Ausland und die Qualität von Prüfmissionen für Investitionsvorhaben verbessern und tragfähige Investitionsvorhaben ermitteln zu können. Im Rahmen des Projekts wird technische und finanzielle Hilfe geleistet, die von der Delegation bzw. der Tacis-Außenstelle verwaltet wird. Informationen über die EU-üblichen Praktiken werden über Schulungsmaßnahmen und Studienreisen vermittelt. Ein Teil des Projekts zielt darauf ab, die Regierung von Moldau bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu unterstützen.

6.2.2 KMU-Förderung in ländlichen Gebieten

Die Entwicklung von Privatunternehmen im Agrarsektor, insbesondere von KMU und Kooperativen, ist von zentraler Bedeutung für ein überwiegend landwirtschaftlich geprägtes Land wie Moldau. Aus dem AP 2001 wird ein wichtiges KMU-Förderprojekt finanziert, das darauf abzielt, quantitative und qualitative Verbesserungen auf KMU-Ebene zu fördern, den Markt für Unternehmensberatungsdienste auszubauen und bessere rechtliche und wirtschaftliche Voraussetzungen für die Unternehmen zu schaffen. Das Projekt hat eine umfangreiche regionale Komponente, bei der Pilotmaßnahmen in verschiedenen Regionen vorgesehen sind.

Weltbank und DFID wie auch die EU haben die Dezentralisierung von Unternehmensberatungszentren verschiedener Art gefördert, wobei ein gemeinsames Ziel bestand: Aufbau eines dynamischen KMU-Sektors auf regionaler Ebene. Das Projekt wird auf diesem Netzwerk aufbauen und zu seiner Weiterentwicklung beitragen. In diesem Sektor bestehen zahlreichen Möglichkeiten für eine Kooperation, wie die derzeitige

Zusammenarbeit der Geberorganisationen verdeutlicht. Weitere Anstrengungen für eine verstärkte fachliche Beratung in diesem Sektor sind jedoch keineswegs überflüssig.

Mit dem Projekt wird außerdem die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Umgestaltung des Nationalen Fonds für KMU-Förderung und der institutionelle Aufbau des Nationalen Fonds für Kreditbürgschaften unterstützt. Gefördert wird außerdem die Weiterentwicklung bzw. Schaffung von unternehmensrelevanten Infrastrukturen: Gründerzentren, Technologieparks usw. (mit Anschubfinanzierungen). Zudem soll es landesweit zur qualitativen Verbesserung der Unternehmensberatung beitragen.

6.2.3 Regionalentwicklungsämter

Sowohl die Gemeinschaft als auch die anderen Geber bemängeln immer wieder den zu starken Zentralismus des politischen Systems in Moldau. Das Projekt wird dazu beitragen, den wirtschaftliche Neubeginn sowohl von der administrativen als auch von der ökonomischen Seite her stärker an der Dezentralisierung auszurichten. Als Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie sollen die institutionellen und personellen Kapazitäten von lokalen Behörden und zivilgesellschaftlichen Gruppen in den Regionen ausgebaut werden. Das Projekt dient gleichzeitig den Zielen der Armutsbekämpfungsstrategie, da es sich auf den Abbau des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles vor allem in ländlichen Gebieten konzentriert.

Mit dem Projekt wird der Aufbau und die Tätigkeit des Amtes für Regionalentwicklung und seiner verschiedenen Außenstellen unterstützt. Es soll zur Festlegung des institutionellen Rahmens wie auch zur Organisation der Verwaltungstätigkeit und der Routineaufgaben beitragen. Das Projekt sieht weitere Hilfe (TH oder Finanzhilfe) vor, um die Lebensfähigkeit der Regionalentwicklungsämter zu gewährleisten. Aufgabe dieser Ämter ist es, eine koordinierte und integrierte Regionalentwicklungspolitik voranzubringen, bei der die Grundsätze einer umweltverträglichen und wirtschaftlich und sozial tragbaren Entwicklung beachtet werden.

In Rumänien hat sich eine ähnliche Initiative als sehr erfolgreich erwiesen und zum gezielten Einsatz von Investitionen und Geberhilfe und zur Förderung der Regionalentwicklung beigetragen. Diesem Beispiel möchte Moldau folgen. Auch in der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft Rumäniens ist die Regionalentwicklung und -zusammenarbeit (auch in grenzübergreifender Form) mittelfristig umso bedeutsamer.

6.3 Soziale Folgen des Übergangs

6.3.1 Sozialdienste

Das übergreifende Projektziel besteht darin, die Regierung Moldaus bei der Ausarbeitung eines integriertes Konzepts für die Festlegung und Anwendung staatlich garantierter Standards für Sozialleistungen an sozial schwache Familien und Kinder zu unterstützen. Spezifische Ziele sind die Schaffung der Rechtsvorschriften für die Tätigkeit spezifischer Sozialdienste, wie z.B. Präventivmaßnahmen für gefährdete Kinder und Familien, die Ausarbeitung und Anwendung eines Modells für soziale Leistungen an diese Zielgruppe und die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Systems, über das diese Kinder und Familien soziale Leistungen erhalten. Die Ergebnisse des DFID-Projekts "Aufbau von Kapazitäten für die Politikformulierung und -umsetzung auf der Ebene des Arbeits- und Sozialministeriums" werden dabei zusammen mit anderen relevanten Projekten genau

beachtet werden. Außerdem werden die Projektaktivitäten mit dem Tacis-Projekt "Aufbau von Kapazitäten für die Reform der Sozialpolitik" koordiniert.

Bei dem Projekt werden auch die Ergebnisse früherer TH-Programme und Hilfsmaßnahmen berücksichtigt, die darauf abzielten, den moldauischen Behörden die Schaffung integrierter Sozialdienste als Alternative zur Heimunterbringung von Kindern zu ermöglichen.

6.3.2 Verwaltung des Gesundheitssystems

Das Gesundheitssystem Moldaus muss von Grund auf umgestaltet werden, da die vorhandenen Strukturen unbrauchbar sind. Die Regierung ist sich der Notwendigkeit von Reformen bewusst. Die Europäische Kommission unterstützte erste diesbezügliche Reformschritte 2001 bis 2003 mit einem Tacis-Projekt, bei dem sich die moldauischen Partner reformwillig und aufgeschlossen zeigten. Das Gesundheitsministerium will ein Nationales Krankenversicherungssystem aufbauen. Dieses Ziel wird von der Europäischen Kommission, der Weltgesundheitsorganisation, UNICEF, der Weltbank und der Soros-Stiftung Moldau grundsätzlich befürwortet; diese Unterstützung schlug sich in verschiedenen Initiativen nieder. Alle genannten Instanzen sind der Auffassung, dass die Einführung eines Krankenversicherungssystems von Anfang an ein Erfolg sein muss, wenn sie in den Augen der Öffentlichkeit glaubwürdig sein und Unterstützung finden soll. Nochmalige spätere Versuche zur Einführung eines solchen Systems wären wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt. Die Geber sind allerdings einvernehmlich der Auffassung, dass die derzeitige ungünstige Wirtschaftslage es nicht erlaubt, ein umfassendes Krankenversicherungssystem einzuführen. Es können jedoch bestimmte Komponenten des künftigen Systems entwickelt und eingeführt werden. Damit ließe sich die Leistungsfähigkeit des derzeitigen Gesundheitssystems verbessern; gleichzeitig könnten diese Komponenten getestet und eventuell verbessert werden, bevor das künftige allgemeine Krankenversicherungssystem geschaffen wird.

Das Projekt soll zur Entwicklung eines leistungsfähigen und kosteneffizienten Gesundheitssystems in Moldau im Rahmen einer Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens, bei der eine Kostenaufteilung zwischen Erbringern und Nutzern von Gesundheitsleistungen eingeführt wird, und zum Aufbau von Managementkapazitäten im Gesundheitswesen beitragen. Dies könnte in folgender Form geschehen: Unterstützung bei der Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems (Schaffung eines Gesamtbudgets, das von den Leistungserbringern verwaltet wird, anstelle der Finanzierung aus verschiedenen Haushaltslinien), Schaffung gesetzlicher Regelungen für den neuen Status der Leistungserbringer und Anpassung der staatlichen Finanzpolitik an das notwendige Krankenversicherungssystem, Aufbau der erforderlichen Strukturen und Kapazitäten, Umstrukturierung des Gesundheitssystems durch Verringerung der Überkapazitäten auf Seiten der Leistungserbringer und Bündelung der verschiedenen parallelen Stränge des moldauischen Gesundheitssystems.

6.4 Programme für Kleinprojekte

Mittel sind für folgende Programme für Kleinprojekte vorgesehen: IBPP (Zusammenarbeit sowohl mit staatlichen Stellen als auch mit der Zivilgesellschaft), Zoll, Statistik, Politikberatung und Tempus. Tempus ist ein Hauptinstrument der Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung. Tempus wird von der GD Bildung und Kultur durchgeführt. Zuverlässige Statistiken sind für die Konzipierung gezielter staatlicher

Maßnahmen von wesentlicher Bedeutung. Eurostat wird im Statistikbereich aktiv werden. Die Politikberatung ist ein nützliches Instrument, das es Tacis ermöglicht, Projekte mit geringerer Mittelausstattung zu unterstützen, wenn ein besonderer Bedarf ermittelt wird. Die Kleinprojekte im Zollbereich ergänzen die Unterstützung im Rahmen des Programms zur Verbesserung der Grenzverwaltung. Im Rahmen der beiden IBPP-Programme wird der Verwaltungsaufbau durch Partnerschafts- und Kooperationsprojekte mit öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen und Einrichtungen gefördert, um zum einen staatliche Strategien und Verwaltungsreformen und zum anderen die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern.

7. Ergänzende EG-Hilfe

7.1 Programme für Ernährungssicherheit

Über die bereits bestehende Koordinierung mit den anderen Gebern hinaus wird versucht, das Tacis-Programm mit anderen EG-Hilfeprogrammen in Moldau abzustimmen. Die Koordinierung mit dem EG-Programm für Ernährungssicherheit wird über zwei von der Kommission vor Ort entsandte Experten sichergestellt, die im Finanz- bzw. im Landwirtschaftsministerium tätig sind. Die im Rahmen des Programms für Ernährungssicherheit bei der Überwachung des Einsatzes von EG-Zuschüssen gesammelten Erfahrungen und umfassenden Kenntnisse über den Sozialsektor könnten auch für das Tacis-Programm nützlich sein. Das Programm für Ernährungssicherheit war äußerst nützlich für die Festlegung des Tacis-Aktionsprogramms 2001 „Sozialpolitik“ sowie der Sozialsektorkomponente des AP 2003. Mit dem Programm für Ernährungssicherheit wird den Ärmsten geholfen; es leistet u.a. den strukturellen Anschluss an das ECHO-Programms, mit dem humanitäre Soforthilfe für besonders bedürftige Gruppen bereitgestellt wurde. Im Rahmen des Programms für Ernährungssicherheit wurden aus dem Haushalt 2001 5 Mio. € zugewiesen (Auszahlung im Jahr 2002) und die Mittelausstattung für 2002 beläuft sich auf 10 Mio. € Voraussetzung für Zahlungen aus dem Programm für Ernährungssicherheit ist, dass die Regierung von Moldau mit dem IWF ein Abkommen im Rahmen der Fazilität für Armutsbekämpfung und Wachstumsförderung schließt. Bisher gibt es kein solches Abkommen, doch ist für Juni 2003 eine IWF-Mission in Moldau vorgesehen, um die Ausarbeitung zu Ende zu führen.

7.2 Grenzübergreifende Zusammenarbeit (CBC)

Die früheren und laufenden Projekte im Rahmen des CBC-Programms stehen mit den Grundsätzen des AP 2003 in Einklang. Eine wirksamere Grenzüberwachung (durch Ausbildung von Zoll- und Grenzschutzbeamten, Lieferung von Ausrüstung, Rehabilitation von Grenzinfrastrukturen) bewirkt einen Rückgang von Schmuggel und illegaler Einwanderung und fördert den legalen Handelsverkehr. Diese Ziele sind sowohl für den Bereich Justiz und Inneres als auch für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von hoher Bedeutung. Das CBC-Projekt „Grenzübergreifende Zusammenarbeit in Ungheeni“ beispielsweise unterstützt Jointventures zwischen moldauischen und rumänischen Unternehmen, fördert die Ausfuhrwirtschaft und soll Investoren in das Gebiet östlich des Flusses Prut holen. Besonders für ein Binnenland wie Moldau sind dies sehr wichtige Maßnahmen. Bisher bezogen sich die Aktivitäten auf die Grenzübergangsstellen an den wichtigsten Straßen- und Eisenbahnverbindungen zwischen Moldau und Rumänien. Im Rahmen des CBC-Programms 2001 wird der Wiederaufbau einer Brücke in Nord-Moldau finanziert, die für die Verkehrsanbindung einer ausgedehnten Euroregion, die

Teile der Ukraine, Rumäniens und Moldaus umfasst, von entscheidender Bedeutung ist. Bei sämtlichen umfangreichen Infrastrukturarbeiten wird ein UVP-Verfahren durchgeführt, das dem Verfahren gemäß der UVP-Richtlinie der EU entspricht.

Die CBC-Kleinprojektfazilität steht auch Moldau zur Verfügung (derzeit laufen 6 Projekte im Gesamtwert von 1,2 Mio. €). Die Projekte betreffen die lokale wirtschaftliche Entwicklung, soziale Fragen, Umweltschutz usw., was ebenfalls mit den Prioritäten des Aktionsprogramms 2003 in Einklang steht.

7.3 Regionale Zusammenarbeit

Das Programm für die regionale Zusammenarbeit sieht Mittel für ein die Grenze zur Ukraine betreffendes Projekt sowie für ein Projekt im Zusammenhang mit dem Frauenhandel vor. Der letztgenannte Bereich ist ein zentrales Problem für Moldau wie auch die Europäische Gemeinschaft, da Moldau leider eines der Hauptherkunftsländer der Opfer der Menschenhändlerringe ist. Das Projekt ergänzt die Bemühungen im Rahmen früherer und laufender Nationaler Aktionsprogramme, da es auf die Bekämpfung der Armut und die Entwicklung der Wirtschaft abzielt, und somit die Gefahr verringert, dass junge arbeitslose Frauen aus ländlichen Gebieten Opfer des Menschenhandels werden. An der westlichen Grenze zur Ukraine liegen weite Gebiete Transnistriens, über die die Behörden von Moldau keine Kontrolle haben. Aus dem Tacis-Aktionsprogramm 2001 wurden Mittel für gemeinsame Grenzposten und die Verbesserung der Grenzverwaltung (von ukrainischer und moldauischer Seite) in der Ukraine bereitgestellt, in der Hoffnung, dass Schmuggel, illegaler Handel und Menschenhandel dadurch eingedämmt werden. Leider kam das Projekt aufgrund der politischen Lage nicht voran.

Moldau ist in zwei derzeit laufende Umweltprojekte einbezogen. Mit dem ersten Projekt wird die Umsetzung des Aarhus-Übereinkommens unterstützt, das den Zugang zur Information und die Beteiligung der Öffentlichkeit am Beschlussfassungsprozess und den Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten garantiert. Das zweite Projekt fördert die Einführung umweltfreundlicher industrieller Produktionstechniken.

7.4 Demokratieprogramm

Das Programm für Kleinprojekte im Bereich Demokratie, das mit 200.000 € ausgestattet ist, wird derzeit umgesetzt. Um eine dynamische Zivilgesellschaft zu fördern, erhalten 10 NRO Mittel aus dem Programm. Ihre Projekte wurden unter 160 Vorschlägen ausgewählt, die im Zuge der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen eingegangen sind. Die Auswertung dieser Vorschläge verschaffte der Tacis-Außenstelle einen ausgezeichneten Einblick in das zivilgesellschaftliche Leben Moldaus. Dies wird es erleichtern, die Partnerschaften für das Projekt „Förderung der Zivilgesellschaft“ im Rahmen des AP 2003 festzulegen.

7.5 Sonderfinanzhilfe

Die Gemeinschaft hat beschlossen, eine Sonderfinanzhilfe in Höhe von 15 Mio. € bereitzustellen. Zunächst sollte der Betrag in Form einer Kreditlinie zur Verfügung gestellt werden, doch angesichts der wirtschaftlichen Lage in Moldau wurde schließlich der Zuschusslösung der Vorzug gegeben. Im Rahmen einer Mission, die sich Ende März in Chisinau aufhielt, wurden die Auflagen für diesen Zuschuss überprüft, einschließlich der über Tacis unterstützten Reformziele. Bislang wurden noch keine Auszahlungen

genehmigt; hierfür muss zunächst die Weiterführung des mit dem IWF vereinbarten Reformprogramms gewährleistet sein. Es wird erwartet, dass die entsprechenden Schritte bis Ende 2003 erfolgt sind.

8. Programmdurchführung

Das vorliegende Aktionsprogramm wird nach den folgenden Bestimmungen durchgeführt:

8.1 Durchführung und Verwaltung

Die Finanzierungsvereinbarung ist bis 31. Dezember des auf die Mittelbindung folgenden Jahres zu schließen.

Verträge, die im Rahmen dieses Programms finanziert werden, treten nicht vor der ordnungsgemäßen Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung durch die zuständigen Stellen, spätestens aber **36 Monate nach Inkrafttreten** der betreffenden Mittelbindung in Kraft. Deshalb gilt:

- Die einschlägigen Verträge und Zuschüsse müssen, nachdem sie von allen zuständigen Parteien unterzeichnet wurden, innerhalb dieser Frist in Kraft getreten sein.
- Verträge oder Zuschüsse, die nicht in Kraft gesetzt, jedoch von allen zuständigen Parteien bis zum Ende der Laufzeit unterzeichnet wurden, werden nicht zu Ende geführt, sondern annulliert und somit gegenstandslos.
- Noch verfügbare Restbeträge im Rahmen dieses Programms, die nicht zur Finanzierung von Verträgen oder Zuschüssen verwendet wurden, die sich zum Zeitpunkt des Ablaufens der Finanzierungsvereinbarung in Kraft befinden, verfallen automatisch 18 Monate nach Ablauf der Durchführungsfrist der Finanzierungsvereinbarung.
- Eine angemessene Verlängerung der Durchführungsfrist der Finanzierungsvereinbarung ist möglich, sofern sie ordnungsgemäß begründet wird. Die Verlängerung muss vor Ablauf der Durchführungsfrist der Finanzierungsvereinbarung beantragt und genehmigt werden.

Jegliche vertragliche Tätigkeit muss spätestens am 31.12.2007 eingestellt werden. Deshalb dürfen Nachträge zu Verträgen oder Zuschüssen, die im Rahmen dieses Programms finanziert werden, nach Ablauf der Durchführungsfrist nicht mehr vereinbart werden¹.

Das Programm wird von der Kommission in Zusammenarbeit mit den moldauischen Behörden auf der Grundlage von Finanzierungsvereinbarungen (siehe Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung Nr. 99/2000), mit den Projektpartnern sowie den Vertragsunternehmen und -organisationen gemeinsam durchgeführt. Für die Regierung von Moldau übernimmt der Nationale Koordinator für Tacis die Verantwortung für die allgemeine Koordinierung, wobei er von der Nationalen Koordinierungsstelle für Tacis unterstützt wird.

¹ Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Ende der vertraglichen Maßnahmen auf die Projektdurchführung bezieht und nicht auf das Datum für die Vorlage des Schlussberichts oder der Schlussabrechnung.

Das Programm wird vom Amt für Zusammenarbeit EuropeAid verwaltet, wobei die verwaltungstechnische Zuständigkeit für die Durchführung der Delegation der Kommission für die Ukraine, Moldau und Belarus (Delegation in Kiew) übertragen wird. Für das Programm gelten die in Artikel 13 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 99/2000 des Rates genannten Verfahren. Tempus wird von der GD Bildung und Kultur umgesetzt. Das Statistikprogramm wird in Zusammenarbeit mit Eurostat umgesetzt.

8.2 Monitoring, Evaluierung und Rechnungsprüfung

Monitoring

Zusätzlich zu der Überwachung des Programmverlaufs und den Kontrollen, die von den Dienststellen der Kommission und dem Rechnungshof gegebenenfalls vor Ort durchgeführt werden, wurde für das Monitoring ein Vertrag mit unabhängigen Beratern geschlossen. Der Vertrag gilt für das gesamte TACIS-Programm und enthält Vorgaben für die regelmäßige Bewertung der Fortschritte anhand der Programmziele. Dies umfasst Besuche vor Ort und die Befragung der Beteiligten. Die Berichterstattung erfolgt in standardisierter Form, wobei die einzelnen Aspekte des Programms bewertet werden.

Evaluierung

Evaluierungen auf Programm-, Landes- oder Strategieebene werden im Einklang mit dem Evaluierungsarbeitsprogramm des für die Evaluierung zuständigen Referats H6 von EuropeAid durchgeführt, das dem Lenkungsausschuss direkt untersteht. Darüber hinaus schafft die Direktion A von EuropeAid derzeit zusätzliche Kapazitäten für die Evaluierung auf Sektor-/Subsektorebene, um die Planung und Projektfindung im Zusammenhang mit Tacis zu erleichtern. Die Schwerpunktbereiche für diese Sektorevaluierungen werden je nach politischen Prioritäten und Finanzierungsumfang festgelegt. Gegebenenfalls kann in diesem Rahmen auch das vorliegende Programm evaluiert werden.

Rechnungsprüfung

Die im Rahmen dieses Programm finanzierten Tätigkeiten unterliegen der Kontrolle durch die zuständigen Kommissionsdienststellen und den Rechnungshof, die gegebenenfalls auch vor Ort erfolgen kann. Unbeschadet der Zuständigkeiten der Kommission, einschließlich des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), und des Rechnungshofs können die Konten und Nachweise über die finanziellen Aufwendungen im Rahmen dieses Programms in regelmäßigen Abständen von einem von der Kommission beauftragten unabhängigen Rechnungsprüfer geprüft werden.

8.3 Ausschreibungsverfahren

Die Vergabe der Dienstleistungs-, Bau- und Lieferaufträge erfolgt gemäß den in der Haushaltsordnung und anderen einschlägigen Anweisungen festgelegten Ausschreibungs- und Auftragsvergabeverfahren.

9. Kosten und Finanzierung

Das Programm wird mit einem Zuschuss der Gemeinschaft in Höhe von 25 Mio. € finanziert, die wie folgt auf die einzelnen Maßnahmen aufgeteilt werden:

Bereich/Projekt	Bereich insgesamt (in Mio. €)
-----------------	-------------------------------

Institutionelle, rechtliche und administrative Reform	
--	--

	7,0
--	------------

PKA, WTO & Verbrechensbekämpfung
Förderung der Zivilgesellschaft
Menschenrechte-Europarat

Privatsektor und wirtschaftliche Entwicklung **7,0**

MEPO/MIDA
KMU-Förderung in ländlichen Gebieten
Regionalentwicklungsamt

Soziale Folgen des Übergangs **5,0**

Sozialdienste
Verwaltung des Gesundheitssektors

Kleinprojekte **6,0**

Tempus
IBBP
Statistik
Politikberatung

Insgesamt **25,0**

10. Verpflichtungen der Regierung und Konditionalität

Die Hilfe wird nur dann bereitgestellt, wenn die erforderlichen Voraussetzungen für die Fortführung der Zusammenarbeit, insbesondere die Achtung der demokratischen Grundsätze und der Menschenrechte, sowie die von der Republik Moldau im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens bzw. des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens/-prozesses eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden.

ANHÄNGE

Projektkurzbeschreibungen und Projektplanungsübersichten
Sonstiges